



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Landwirtschaftsministerin Kaniber überzeugt vom künftigen EU-Agrarkommissar Christophe Hansen – Bayerische Landwirtschaft als Vorbild für Strukturen in Europa

22. November 2024

(22.11.2024) Brüssel/München – Die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat in Brüssel dem designierten EU-Agrarkommissar Christophe Hansen zentrale bayerische Forderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2028 vorgestellt. „Es stimmt uns sehr hoffnungsvoll, wie der künftige Kommissar die Agrarpolitik sieht. Ich bin begeistert, wie er seine Schwerpunkte setzt und sehe sehr viele Gemeinsamkeiten“, so Kaniber.

Die Bayerische Agrarministerin übergab bayerische Vorschläge, die weitgehend vom von ihr eingesetzten Praktikerrat erarbeitet wurden. Sie hatte dem Gremium zum Abschluss seiner Arbeit zugesichert, die Vorschläge in Brüssel einzubringen. In einem sehr konstruktiven Austausch mit Hansen betonte Kaniber die Bedeutung der kleinteiligen Strukturen der bayerischen Landwirtschaft, die als „role model“, also als Vorbild für die gesamte EU dienen können,

„Die bayerische Landwirtschaft ist ein Paradebeispiel für nachhaltige und vielfältige Agrarstrukturen. Die kleinstrukturierten Betriebe sind in ihrer Diversifizierung auch krisenresilienter als stark spezialisierte Großbetriebe. Wir haben die Form von Landwirtschaft, die sich die Gesellschaft wünscht. Bayern zeigt, wie wir Ökologie und Ökonomie miteinander verbinden können. Nachhaltig ist aber auch nur, wer auch nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich ist. Wir wollen, dass diese zukunftsorientierten Ansätze in die europäische Agrarpolitik einfließen und sind bei Herrn Hansen auf offene Ohren gestoßen“, erklärte Kaniber nach Rückkehr aus Brüssel.

Sie forderte von der EU eine stärkere Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und die gezielte Förderung kleinerer Betriebe. „Die Vielfalt der Landwirtschaft ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein kultureller Wert, den wir erhalten müssen“, so die Ministerin. Und weiter: „Leider wird die Frage von Verfügbarkeit von Lebensmitteln und von Ernährungssouveränität in Zeiten geopolitischer Anspannungen immer mehr zu einer strategischen Frage. Das dürfen wir auf unserem Kontinent niemals außer Acht lassen.“

In dem Diskussionspapier des Praktikerrats werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft stärken sollen. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Innovationen, die Unterstützung von Junglandwirten und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für nachhaltige Anbaupraktiken. Kaniber wies darauf hin, dass die bayerischen Betriebe bereits viele innovative Ansätze verfolgen, die als Vorbild für andere Regionen dienen können. „Wir setzen auf moderne Technologien und nachhaltige Methoden, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcenschonung aktiv zu begegnen“, betonte sie.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den Forderungen ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Forschung. „Wir benötigen eine enge Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen, um neue Lösungen zu entwickeln und die bayerische Landwirtschaft zukunftssicher zu machen“, erklärte Kaniber. Dies sei besonders wichtig, um den Herausforderungen der Digitalisierung und der globalen Märkte gerecht zu werden.

Die Ministerin appellierte an den neuen Agrarkommissar, die bayerischen Vorschläge intensiv zu prüfen und in die zukünftige Agrarpolitik der EU zu integrieren. „Wir müssen gemeinsam an einer nachhaltigen und gerechten Agrarpolitik arbeiten, die den Bedürfnissen aller Landwirte, der Verbraucher und der Umwelt gerecht wird. Darum sollte bei den Direktzahlungen nicht nur die Fläche, sondern auch die Arbeitsintensität berücksichtigt werden. Wir wollen nicht nur Große belohnen“, so Kaniber abschließend.

Mit Blick auf die Entscheidungen der EU-Mitgliedstaaten zur EUDR am Mittwoch sagte Kaniber: „Die gestrige Entscheidung ist eine Enttäuschung. Die Haltung Bayerns ist klar: Eine Überarbeitung der EUDR ist zwingend notwendig, denn in ihrer jetzigen Form führt sie zu untragbaren Bürokratielasten. Dadurch drohen Hemmschwellen für aktive Waldbewirtschaftung, Wettbewerbsverzerrung und Ausbremsen des Waldumbaus. Und trotzdem wird die Entwaldung in bestimmten Ländern nicht gestoppt. Wird die Überarbeitung nun blockiert, ist das völlig konträr zum eindeutigen Votum des EU-Parlaments.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

